

Niederschrift

Gremium	Sitzung - GESO/044(VII)/23			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Gesundheits- und Sozialausschuss	Mittwoch, 06.09.2023	Franckesaal	17:00 Uhr	19:00 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 21.06.2023
- 4 Anträge
 - 4.1 Sozialticket A0002/22
BE: Fraktion DIE LINKE, Fraktion Grüne/future!
 - 4.1.1 Sozialticket A0002/22/1
BE: Fraktion Grüne/future!, Fraktion DIE LINKE
 - 4.1.2 Sozialticket S0217/22
BE: Amt 61
 - 4.2 Erhöhung der städtischen Mittel für die Bahnhoßmission A0040/23
BE: SPD-Stadtratsfraktion

4.2.1	Erhöhung der städtischen Mittel für die Bahnhofsmission BE: Amt 50	S0176/23
4.3	Einstellung von Haushaltsmittel für das Jahr 2024 – Tierisch Geborgen e.V. BE: SPD-Stadtratsfraktion, CDU-Ratsfraktion	A0091/23
4.3.1	Einstellung von Haushaltsmittel für das Jahr 2024 – Tierisch Geborgen e.V. BE: FB 02	S0336/23
4.4	Kostenfreie Menstruationsartikel für Bildungseinrichtungen bedarfsorientiert bereitstellen BE: Fraktion DIE LINKE	A0100/23
4.4.1	Kostenfreie Menstruationsartikel für Bildungseinrichtungen bedarfsorientiert bereitstellen BE: FB 40	S0264/23
4.5	Modellprojekt „Gesundes Frühstück an Grundschulen“ BE: Fraktion DIE LINKE	A0101/23
4.5.1	Modellprojekt „Gesundes Frühstück an Grundschulen“ BE: FB 40	S0302/23
4.6	Blendschutz Zentralbibliothek BE: Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0114/23
4.6.1	Blendschutz Zentralbibliothek BE: EB KGM	S0367/23
4.7	Erweiterung der Fachförderrichtlinie Initiativfonds Gemeinwesenarbeit BE: Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0138/23
4.7.1	Erweiterung der Fachförderrichtlinie Initiativfonds Gemeinwesenarbeit BE: V/02	S0328/23
5	Informationen	
5.1	Information zur Berichterstattung des Beirates für Integration/Integrationsbeauftragten für das Jahr 2021 BE: Integrationsbeauftragter, Herr Blau	I0109/23
5.2	Evaluation der Tätigkeit der Suchtstreetworkerin mit Schlussfolgerungen für die weitere Tätigkeit BE: Amt 53	I0168/23
5.3	Information zum Antrag A0072/23 "Fachstelle für Einsamkeit" BE: BG V, Herr Dr. Gottschalk	I0186/23
5.4	Die Arbeit der Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit und Initiativfonds Gemeinwesenarbeit im Jahr 2022	I0201/23

BE: V/02

- 5.5 Information zur Konzeptumsetzung für das Pilotprojekt „begleitetes Wohnen unter Berücksichtigung des Housing-First-Ansatzes“ I0212/23
BE: Amt 50
- 6 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzende/r

Matthias Borowiak

Mitglieder des Gremiums

Tobias Baum

Matthias Boxhorn

Evelin Schulz

Roland Zander

Sachkundige Einwohner/innen

Thorsten Giefers

Carlo Reifgerste

Geschäftsführung

Kathleen Uniewski

Vertretung

Julia Brandt

Abwersend:

Mitglieder des Gremiums

Oliver Kirchner

Dr. Thomas Wiebe

Sachkundige Einwohner/innen

Vincent Schwenke

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende, Stadtrat Borowiak, eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit mit 7 anwesenden Stadträtinnen und Stadträten fest. Die Einladung erfolgte form- und fristgerecht.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Da der Beigeordnete I an der heutigen Ausschusssitzung nicht teilnehmen kann, wird der TOP 7 (nicht öffentlich) auf die nächste Sitzung vertagt.
Die Tagesordnung wird in der geänderten Form bestätigt.
Abstimmung: 7-0-0

3. Genehmigung der Niederschrift vom 21.06.2023

Die Niederschrift vom 21.06.2023 wird in der vorliegenden Form bestätigt.
Abstimmung: 5-0-2

4. Anträge

- 4.1. Sozialticket
Vorlage: A0002/22
 - 4.1.1. Sozialticket
Vorlage: A0002/22/1
-

- 4.1.2. Sozialticket
Vorlage: S0217/22
-

Es liegt keine aktualisierte Stellungnahme aus dem Amt 61 vor. Herr Giefers sieht die Thematik zu wichtig als diese ohne aktuelle Zahlen zu besprechen. Stadträtin Brand – Amt 61 sollte aufgefordert werden sich mit der MVB abzustimmen und eine aktualisierte Stellungnahme vorzulegen. Situation kann aufgrund fehlender Kosteneinschätzungen nicht eingeschätzt werden. Stadtrat Zander – finanzielle Mittel in Millionenhöhe fehlen, den Antrag können wir uns nicht leisten. Stadtrat Borowiak – finanzielle Mittel waren in den letzten Jahren auch nicht vorhanden. Die Diskussion sollte bis zur Vorlage einer aktuellen Stellungnahme ausgesetzt werden.

Geschäftsordnungsantrag zum TOP 4.1

Die Beratung des Antrages wird bis zum Vorliegen einer aktuellen Stellungnahme – bis zur nächsten Sitzung am 11.10.2023 - vertagt.

Abstimmung: 3-2-1

- 4.2. Erhöhung der städtischen Mittel für die Bahnhofsmision
Vorlage: A0040/23
 - 4.2.1. Erhöhung der städtischen Mittel für die Bahnhofsmision
Vorlage: S0176/23
-

Frau Schulz (Amtsleiterin 50) bringt die Stellungnahme für die Verwaltung ein. Eine pauschale Erhöhung kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht erfolgen. Die Bahnhofsmision hat sich zu einem Ort der Begegnung entwickelt, an dem weit mehr als nur Reisehilfe angeboten wird. Die Altersspanne der Besucher reicht hierbei von 14 bis 93 Jahren. Die Förderung der Bahnhofsmision sollte auf „breitere Füße“ gestellt werden. Pilothaft könnte hier die aufsuchende/Zugehende Sozialarbeit mehrerer Professionen (Sozial- und Wohnungsamt, Jugendamt, Gesundheitsamt) Grundlage werden. Ämterübergreifend soll unter Federführung der Stabsstelle für Jugendhilfe-, Sozial und Gesundheitsplanung das infrastrukturelle Wirken der Bahnhofsmision erweitert ausgerichtet werden. Dabei soll die Möglichkeit einer ämterübergreifenden Förderung mit dem Ziel eruiert werden, den Bedarfslagen vor Ort, für Menschen in prekären Lebenslagen, gerecht zu werden.

Herr Dr. Gottschalk – die Vorlage der Drucksache. ist zur nächsten Sitzung des Ausschusses vorgesehen.

Der Antrag wird bis zur Vorlage der Drucksache im Oktober zurückgestellt.

- 4.3. Einstellung von Haushaltsmittel für das Jahr 2024 – Tierisch
Geborgen e.V.
Vorlage: A0091/23
 - 4.3.1. Einstellung von Haushaltsmittel für das Jahr 2024 – Tierisch
Geborgen e.V.
Vorlage: S0336/23
-

Stadträtin Brandt bringt den Antrag ein. Der Verein engagiert sich bereits seit über 18 Jahren ehrenamtlich im Rahmen tiergestützter Interventionen mit Tierbesuchsdiensten und tiergestützter Therapien in Schulen, Kindergärten, Seniorenheimen, Behinderteneinrichtungen, Krankenhäusern, Hospizen und viel mehr. Frau Hohlfeld (FB 02) bringt die Stellungnahme für die Verwaltung ein. Der A0091/23 „Einstellung von Haushaltsmitteln für das Jahr 2024 – Tierisch Geborgen“ bedeutet eine freiwillige Leistung und belastet das ohnehin negative Ergebnis mit zusätzlich 10.000 €. Dennoch kann der Verein einen Antrag auf eine Förderung bzw. Zuwendung stellen, der zusammen mit allen anderen Anträgen auf Förderungen entsprechender Träger geprüft wird. Der A009/23 wird bis zur Vorlage eines Antrags durch den Verein und bis zur Haushaltsdiskussion im Oktober zurückgestellt.

- 4.4. Kostenfreie Menstruationsartikel für Bildungseinrichtungen
bedarfsorientiert bereitstellen
Vorlage: A0100/23
 - 4.4.1. Kostenfreie Menstruationsartikel für Bildungseinrichtungen
bedarfsorientiert bereitstellen
Vorlage: S0264/23
-

Frau Althaus, FB 40, bringt die Stellungnahme für die Verwaltung ein. Da es sich um keine Pflichtaufgabe handelt, verweist Frau Althaus auch auf die anfallenden Kosten.

Auch eine zielorientierte Verwendung erfolgte nicht immer. Stadtrat Boxhorn empfindet die abgegebene Menge an Artikel pro Schülerin als recht hoch. Stadträtin Brandt bemerkt das es sich um eine schwierige Diskussion handelt. Hygieneartikel sollten in den Schulen wie auch Toilettenpapier zur Verfügung stehen. Stadträtin Schulz spricht sich auch weiterhin für die Sekretariatslösung aus. Stadtrat Baum versteht die Debatte nicht. Der kostenfreie Zugang zu Hygieneartikeln sollte selbstverständlich sein. Bestünde die Möglichkeit das Pilotprojekt zu verlängern? Frau Althaus – wenn sich der Stadtrat dafür ausspricht, werden die Schulen informiert. Die Verwaltung ist dann bestrebt, die bedarfsorientierte Versorgung zu organisieren. Der Ausschussvorsitzende, Stadtrat Borowiak, stelle den A0100/23 zur Abstimmung. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmung: 1-3-2

Der A0100/23 wird nicht zur Beschlussfassung empfohlen.

4.5. Modellprojekt „Gesundes Frühstück an Grundschulen“

Vorlage: A0101/23

4.5.1. Modellprojekt „Gesundes Frühstück an Grundschulen“

Vorlage: S0302/23

Frau Althaus, FB 40, bringt die Stellungnahme für die Verwaltung ein. Der Bezug der Lebensmittel erfolgt gegenwärtig an vielen Standorten entweder über den Essenanbieter im Rahmen der Mittagsversorgung oder über das EU-Programm für Grund- und Förderschulen (Klasse 1 – 4) „Schulobst und -gemüse und/oder Schulmilch. Für die Neuauflage haben sich aktuell 7 Schulen beworben. Die Absicht des Antrages ist nachvollziehbar. Eine Umsetzung schwierig. Unterstützung bei der Zubereitung von Obst und Gemüse ist notwendig. Stadtrat Baum – tausende Kinder leben an der Armutsgrenze, jedes Projekt, was gesundes Essen unterstützt, ist auch unterstützenswert. Herr Giefers sieht den Antrag an der Praxis vorbei. Es gibt Möglichkeiten an der Schulspeisung teilzunehmen auch durch BuT. Der Antrag entspricht nicht der Lebenswirklichkeit an unseren Schulen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Der Ausschussvorsitzende, Stadtrat Borowiak, stellt den Antrag zur Abstimmung. Abstimmung: 1-3-2

Der A0101/23 wird nicht zur Beschlussfassung empfohlen.

4.6. Blendschutz Zentralbibliothek

Vorlage: A0114/23

4.6.1. Blendschutz Zentralbibliothek

Vorlage: S0367/23

Stadträtin Schulz -die Fenster, in den zum Besuch/Aufenthalt von Kindern vorgesehenen Räumlichkeiten der Zentralbibliothek im 1. OG, sollen mit geeignetem Blendschutz (Rollos, Vorhänge o. ä.) versehen werden.

Stellungnahme der Verwaltung.

Die Kosten liegen bei ca. 7.000 E. Eine Realisierung der Maßnahme kann noch 2023 umgesetzt werden. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Stadtrat Borowiak stellt den A0114/23 zur Abstimmung.

Abstimmung 5-0-1

Der A0114/23 wird zur Beschlussfassung empfohlen.

- 4.7. Erweiterung der Fachförderrichtlinie Initiativfonds
Gemeinwesenarbeit
Vorlage: A0138/23
- 4.7.1. Erweiterung der Fachförderrichtlinie Initiativfonds
Gemeinwesenarbeit
Vorlage: S0328/23
-

Stadtrat Zander bringt den Antrag ein. Jede GWA soll die gleichen Chancen und Mittel erhalten. BG V, Herr Dr. Gottschalk – Diskussionen zum Verfahren gibt es immer wieder. Aktuell wird das jährliche Budget auf die 22 Arbeitsgruppen gleich verteilt. Stadträtin Brandt – es gibt Unruhe aufgrund der Ausreichung der Mittel. Gemeinwesen in der gesamten Stadt muss unterstützt werden. Diskussion über die Verteilung der Mittel muss geführt werden. Stadtrat Zander – GWA´s sind gut und wichtig, Richtlinie müsste überarbeitet werden. GWA-Sitzungen müssten auch nach 16:00 Uhr stattfinden. Stadträtin Schulz – Mittel dürfen auch nicht im Vorfeld beantragt werden. Dr. Gottschalk – Grundsätzlich ist festzuhalten, dass bis zur Freigabe der Restmittel im Oktober eines jeden Jahres alle Arbeitsgruppen die gleichen Chancen der Verwendung der Mittel aus dem Initiativfonds haben. Würden alle Arbeitsgruppen ihr eigenes Budget verbrauchen, würde es gar keine Restmittel geben. Erst mit Öffnung des Restbudgets, welches aus nichtabgerufenen bzw. nichtverplanten Mitteln resultiert, erhalten alle Arbeitsgruppen die Möglichkeit über ihr Gruppenbudget hinaus weitere Mittel zu beantragen. Hier zählt zurzeit das Datum des Posteingangs.

Dr. Gottschalk – es soll ein Workshop organisiert werden, Vorstellungen sollen benannt und diskutiert werden, damit die Mittel noch gerechter verteilt werden können.

Folgender Änderungsantrag wird durch den Ausschussvorsitzenden, Stadtrat Borowiak, zur Abstimmung gestellt:

Der Stadtrat beschließt:

Der Antrag wird wie folgt geändert:

Die Fachförderrichtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Arbeit der Arbeitsgruppen zur Entwicklung und Unterstützung der Gemeinwesenarbeit in der Landeshauptstadt Magdeburg aus dem Initiativfonds Gemeinwesenarbeit wird dahingehend ergänzt, dass eine **noch gerechtere** Verteilung stattfindet.

Wir bitten um Überweisung in den Finanz- und Grundstücksausschuss und den Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten

Begründung:

Derzeit stehen den GWA Gruppen jährlich je 2.327,27 Euro an Mitteln aus dem Initiativfonds Gemeinwesenarbeit zur Verfügung.

Die gelebte Realität stellt sich jedoch anders dar, wie in Stellungnahme S0165/23 zu erfahren ist. Während zum Beispiel die GWA Gruppe Ottersleben 6.027,27 Euro, auch aus Restmitteln erhielt, wurde z.B. der GWA Sudenburg 2633,83 Euro zuteil, obwohl ebenfalls Restmittel beantragt wurden.

Hier sehen wir Nachbesserungsbedarf.

Abstimmung: 5-0-1

Abstimmung A0138/23: 4-0-2

Der A0138/23 wird geändert zur Beschlussfassung empfohlen.

5. Informationen

- 5.1. Information zur Berichterstattung des Beirates für
Integration/Integrationsbeauftragten für das Jahr 2021
Vorlage: I0109/23
-

Die I0109/23 – Information zur Berichterstattung des Beirates für
Integration/Integrationsbeauftragten für das Jahr 2021 – wird zur Kenntnis genommen.

- 5.2. Evaluation der Tätigkeit der Suchtstreetworkerin mit
Schlussfolgerungen für die weitere Tätigkeit
Vorlage: I0168/23
-

Herr Dr. Hennig bringt die Information ein. In der LH Magdeburg ist im Rahmen des Projektes „Aufsuchende Hilfe für erwachsene Suchtgefährdete und Suchtkranke“ eine Sucht-Streetworkerin im Einsatz. Zielgruppe sind erwachsene suchtkranke und von Suchterkrankungen gefährdete Personen. Der Einsatz des Suchtstreetworkers erfolgt seit 2014 vorrangig an den Standorten Altstadt und Buckau. Es kann festgestellt werden, dass das Projekt „Aufsuchende Hilfe für erwachsene Suchtgefährdete und Suchtkranke“ seit vielen Jahren fester Bestandteil der Suchtkrankenhilfe in der Stadt Magdeburg ist und aufsuchende Arbeit auch in Zukunft erforderlich sein wird, um diese besondere Zielgruppen zu erreichen. Perspektivisch muss beobachtet werden, wie sich das Konsumverhalten an öffentlichen Plätzen entwickelt (zum Beispiel durch die Legalisierung von Cannabis, um in der Ausgestaltung des Projektes auf den sich wandelnden Bedarf flexibel zu reagieren). Gegenwärtig ist die Etablierung einer zweiten Fachstelle Suchtstreetwork aus Sicht des Fachamtes nicht erforderlich. Die I0168/23 wird zur Kenntnis genommen.

- 5.3. Information zum Antrag A0072/23 "Fachstelle für Einsamkeit"
Vorlage: I0186/23
-

Frau Schüler bringt die Information zum Thema „Fachstelle Einsamkeit“ ein. Die Idee, eine Fachstelle im Dezernat V zu errichten ist grundsätzlich eine gute Idee. Das Thema wurde von der Verwaltung schon häufig aufgegriffen. Zu nennen hier beispielsweise die Implementierung des Angebots „Präventiver Hausbesuch“ durch das Sozial- und Wohnungsamt oder durch den Sozialen Dienst für Erwachsene. Auch schult das Sozial- und Wohnungsamt seit vielen Jahren Ehrenamtliche für Besuchsdienste und fördert sowohl die Alten- und Servicezentren und offenen Treffs als auch Besuchsdienste und weitere Angebote. Weiterhin hat sich das Dezernat an der Ausschreibung des ESF Förderprogrammes „Stärkung der Teilhabe älterer Menschen gegen Einsamkeit und Isolation“ beworben mit der Idee, ältere Arbeitnehmer*innen durch begleitete Angebote gezielt auf die Zeit des Renteneintritts vorzubereiten. Die I0186/23 wird zur Kenntnis genommen.

5.4. Die Arbeit der Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit und
Initiativfonds Gemeinwesenarbeit im Jahr 2022
Vorlage: I0201/23

Das Jahr 2022 war insbesondere in der ersten Jahreshälfte noch immer geprägt von den Auswirkungen und Einschränkungen der Coronapandemie. Die Themen, mit denen sich die Arbeitsgruppen beschäftigten, waren insbesondere Verkehrssicherheit, Ordnung, Sauberkeit und Sicherheit im Stadtteil. Der Soziale Dienst stellte sich in den Arbeitsgruppen vor und der Großteil der Arbeitsgruppen beschäftigte sich mit dem Bänkekonzept der LH analog dem Papierkorbkonzept. Die vielfältigen Projekte, welche aus dem Initiativfonds gefördert worden sind, erreichten nach Angaben der Projektumsetzenden insgesamt knapp 60.000 Menschen in den Stadtteilen.

Die I0201/23 wurde zur Kenntnis genommen.

5.5. Information zur Konzeptumsetzung für das Pilotprojekt
„begleitetes Wohnen unter Berücksichtigung des Housing-First-
Ansatzes“
Vorlage: I0212/23

Frau Schulz bringt die Information ein. Im Jahr 2022 sind 11 Auszüge aus dem begleiteten Wohnen zu verzeichnen, von denen 8 Teilnehmend in eine eigene Wohnung gezogen sind und nach Bedarf weiter sozialpädagogisch betreut und begleitet werden. Für 3 Teilnehmende musste die Projektteilnahme aufgrund fehlender Mitwirkung beendet werden. Bis zum 30.06.2023 haben weitere 9 Teilnehmende das begleitete Wohnen verlassen. 5 Teilnehmende haben eigenen Wohnraum bezogen und für 4 Teilnehmende wurde die Projektteilnahme abgebrochen. Zusammenfassend kann aufgezeigt werden, dass die Kapazitäten des „begleiteten Wohnens nahezu ausgelastet sind. Eine Gesamteinschätzung der Bedarfslagen, Hilfsangebote und deren Inanspruchnahmen in der LH Magdeburg wird dem Stadtrat mit dem Abschlussbericht übergeben.

Die I0212/23 wird zur Kenntnis genommen.

6. Verschiedenes

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Matthias Borowiak
Vorsitzender

Kathleen Uniewski
Schriftführerin